

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 83. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. Februar 2009, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Detlef Matthiessen

Weitere Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Hans Müller (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Aktuelle Situation und künftige Entwicklungsperspektiven des Flughafens Lübeck-Blankensee	5
Umdrucke 16/3860, 16/3916, 16/3927	
2. Informationen durch GF Dellnitz über aktuelle Entwicklungen in der Marketingarbeit der TASH	10
3. Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	13
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2342	
4. Wettbewerb bei Schienenverkehrsleistungen erhalten	14
Schreiben des MWV vom 20. Januar 2009 Umdruck 16/3884	
5. Tempo 30 an drei Straßen in Kronshagen	15
Umdruck 16/3883	
6. Ökostrombeschaffung der Landesliegenschaften	16
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2183	
7. Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein	17
Umdruck 16/3888 (neu)	
8. Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetz	20
Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/986 (neu)	
9. Abschied vom Kohlestrom	21
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2017	

-
- 10. a) Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein** **22**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2147
- b) Strompreisstruktur ökologisch und sozial ausgestalten**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2164
- 11. Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken** **23**
- Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2351
- 12. Beschlüsse der 22. Veranstaltung „Jugend im Landtag“** **24**
- Umdruck 16/3733
- 13. Verschiedenes** **25**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktuelle Situation und künftige Entwicklungsperspektiven des Flughafens Lübeck-Blankensee

Umdrucke 16/3860, 16/3916, 16/3927

Bürgermeister Saxe und Flughafen-GF Wilson geben auf der Grundlage des Umdrucks 16/3927 einen Bericht zur Lage des Flughafens Lübeck-Blankensee. BM Saxe weist zunächst darauf hin, dass die Passagierzahlen in den vergangenen Jahren erst ständig zugenommen hätten, ab 2005, nachdem das erste Planfeststellungsverfahren gescheitert sei, aber abgeknickt seien, weil dies für die Fluglinien doch erhebliche Unsicherheit mit sich gebracht habe. Für die weitere Entwicklung des Flughafens sei deshalb das hoffentlich bald vor einem positiven Abschluss stehende zweite Planfeststellungsverfahren von hoher Bedeutung. In einem Letter of Intent, der erst seit wenigen Tagen auf dem Tisch liege, gehe Ryanair von einer Steigerung der Passagierzahlen auf 750.000 aus. Von den einfliegenden Passagieren - dies seien gut 50 % - blieben 42 % in Schleswig-Holstein, 29 % führen nach Hamburg weiter, knapp 30 % besuchten sonstige Ziele. Diese Zahlen machten die erheblichen regionalwirtschaftlichen Effekte, die der Flughafen Lübeck-Blankensee auslöse, deutlich. Zurzeit seien insgesamt 260 Personen auf dem Flughafen beschäftigt.

BM Saxe fährt fort, seit Dezember 2005 befänden sich 90 % der Gesellschaftsanteile im Besitz von Infratil, 10 % seien weiterhin im Besitz der Hansestadt Lübeck. Infratil habe die Gesellschaftsanteile unter der Bedingung übernommen, dass der Planfeststellungsbeschluss definitiv zustande komme. Wenn dies nicht der Fall sein würde, griffe die Put-Option Infratils. Nachdem der Planfeststellungsbeschluss zum 30. Januar 2009 nicht vorgelegen habe, hätte Infratil erklärt, dass man die Ausübung der Put-Option konkret ins Auge fasse und eine neue Vereinbarung wolle, die bis 22. Oktober 2009 laufe. Bis dahin bleibe Infratil „an Bord“. Dafür solle eine Vertragsänderung die Übernahme der Verluste von Januar bis Oktober 2009 in Höhe von rund 1,6 Millionen € durch die Hansestadt Lübeck beinhalten. Sollte Infratil seine Geschäftsanteile voll zurückgeben, müsste die Hansestadt die bis dahin von Infratil getätigten Investitionen in Höhe von rund 23 Millionen € erstaten. Sollte der Planfeststellungsbeschluss jedoch wie erwünscht kommen, sei es durchaus möglich - so fährt BM Saxe fort -, dass Infratil über diesen Termin 22. Oktober 2009 hinaus „im Boot“ bleibe. Wenn Infratil aussteigen

sollte, wolle die Hansestadt Lübeck nicht wieder alleiniger Gesellschafter des Flughafens sein. Deshalb werde man jetzt relativ unverzüglich ein Markterkundungsverfahren auf den Weg bringen, um zu sehen, wer sich an einer solchen Flughafengesellschaft dann beteiligen könne und wolle. Mit der Landesregierung befinde sich die Hansestadt in Gesprächen, um aus Landesmitteln eine Unterstützung für die erforderlichen weiteren Maßnahmen zu erlangen. Die Hansestadt würde sich freuen, wenn sich das Land auch in einer gesellschaftsrechtlichen Form an der Flughafengesellschaft beteiligen könnte.

BM Saxe erläutert sodann anhand des Umdrucks 16/3927 Einzelheiten der Ausbauplanung nach bestandskräftigem Planfeststellungsbeschluss, und Flughafen-GF Wilson umreißt ebenfalls auf der Grundlage dieses Papiers Perspektiven für die Zukunft des Flughafens.

St'in Wiedemann unterstreicht, dass die Landesregierung voll hinter dem Flughafen Lübeck-Blankensee stehe. Das Land habe bereits für die L 207 erhebliche Investitionen getätigt, einen Haltepunkt mit der DB AG vereinbart, und sicherlich werde es dort auch eine entsprechende gebäudemäßige Einrichtung geben. Aufgrund von Zeitungsberichten laufe zurzeit eine Nachprüfung hinsichtlich der finanziellen Sicherheit des Vorhabens. Wenn die Laufzeit von 15 Jahren nicht sichergestellt sei, werde es auch im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Schwierigkeiten geben. Bezüglich eines Erwerbs von Gesellschaftsanteilen durch das Land sei man zurückhaltend. Die Landesregierung glaube nicht, dass es Aufgabe des Landes sei, Gesellschaftsanteile am Flughafen zu erwerben. Man könne auch die Stadt Lübeck nicht bezüglich der angesprochenen 23 Millionen € entlasten, sondern die beabsichtigten weiteren Investitionen in den Flughafen in Höhe von 60 Millionen € müssten nach den allgemeinen Förderrichtlinien gefördert werden. In welchem Umfang dies letztlich möglich sei, hänge davon ab, ob der Flughafen ein kommunaler Flughafen sei oder ein privater. Diese Trägerschaftsfrage sei bei möglichen Förderungen wichtig, da hier dann eben verschiedene Vorschriften zur Anwendung kämen. Im Augenblick würden Zwischenlösungen diskutiert. Wenn Infratil Lübeck verlasse, könne sich ihr Haus ein „Zwischenparken“ der Anteile von Infratil bei einer Einrichtung des Landes, nicht direkt beim Land, vorstellen.

Abg. Dr. Garg unterstreicht, die größte Hilfe für Lübeck-Blankensee wäre ein zügiger Planfeststellungsbeschluss. Er möchte wissen, ob es im Wirtschaftsministerium eine zeitliche Vorstellung dazu gebe, wann mit dem Planfeststellungsbeschluss zu rechnen sei. Nachdem BM Saxe dem möglichen Verbleib von Infratil in Lübeck-Blankensee dargestellt habe, wolle er wissen, wie die Hansestadt Lübeck die Zeit des Verbleibens von Infratil nutze.

St'in Wiedemann erwidert, dass mit dem Planfeststellungsbeschluss nach wie vor im Februar, spätestens Anfang März 2009 gerechnet werde. Zur hinreichenden Klärung der Finanzie-

rungsfrage müsse auch noch der Komplex „Grönauer Heide“ mit der EU-Kommission erörtert werden. Geklärt werden müsse weiter noch die Frage der nächtlichen Flugbewegungen.

BM Saxe bewertet es sehr positiv, dass das Land hinter Blankensee stehe. Infratil halte zurzeit sowohl die Frage des Bleibens wie auch die des Ausstiegs offen, lasse nicht erkennen, wohin die Reise gehen solle. Viel hänge hier von dem Planfeststellungsbeschluss ab, der natürlich auch noch rechtskräftig sein müsse. Wenn der Beschluss beklagt werde, dauere dies ja auch noch seine Zeit. Zudem sei die Finanzkrise, die Weltwirtschaftskrise auch nicht spurlos an der an der Börse von Neuseeland notierten Beteiligungsgesellschaft Infratil vorübergegangen. Die Entscheidung Infratils werde also sicherlich auch mit davon abhängen, wie sich diese Doppelkrise weiter auswirke.

Auf die Frage von Abg. Stritzl, ob er es richtig sehe, dass Infratil den Flughafen als wirtschaftlich große Chance begreife, antwortet GF Wilson, dass allgemein die Situation des Luftverkehrs schwieriger geworden sei, was für die Fluglinien auch mit gestiegenen Kerosinkosten zusammenhänge. Infratil bleibe definitiv bis Oktober 2009 in Lübeck-Blankensee. Wie die Entwicklung danach sein werde, müsse man abwarten. Infratil habe aber noch nicht entschieden, dass man definitiv in Blankensee aussteigen werde. Blankensee verspüre durch Ryanair, die eine sehr starke Fluglinie sei, eine positive Entwicklung. Ein klarer Planfeststellungsbeschluss und eine positive Gesamtentwicklung seien natürlich auch gut für das Engagement von Infratil. Mehr könne er dazu heute allerdings nicht sagen.

Abg. Heinold verweist auf die seit Jahren beim Flughafen Blankensee zu verbuchenden Verluste und fragt, ob mehr Passagiere auch geringere Verluste bedeuteten. - GF Wilson erwidert, mit einem positiven Planfeststellungsbeschluss bestehe durchaus die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen, weil es dann die Möglichkeit gebe, Flugzeuge in Lübeck zu stationieren, was zurzeit nicht möglich sei. Das wäre auch mit der Chance verbunden, aus den Verlusten herauszukommen.

In diesem Zusammenhang nimmt BM Saxe auf die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Umdruck 16/3916 vorgelegten Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Bezug und betont, dass er an dieser Stelle versichern könne, dass die darin enthaltenen Angaben zu Passagierzahlen allesamt unzutreffend seien und dass dies deshalb wohl auch für die dort angegebenen Umsätze gelte. - Abg. Heinold bittet BM Saxe, die nach seiner Meinung richtigen Zahlen nachzureichen. - BM Saxe erklärt, er habe aufgrund der Rechtslage große Zweifel, dass Umsatz- sowie Gewinn- und Verlustzahlen veröffentlicht werden dürften. Des Weiteren erinnert er daran, dass der Flughafen 1989/90 eine Betonpiste gewesen sei. Danach habe sich erst ein Flughafen entwickelt. Man sei also nicht gleich mit

einer guten Infrastruktur gestartet. Mit dem Planfeststellungsbeschluss werde auch verbunden sein, dass nach Investitionen Blankensee 1,3 Millionen bis 1,5 Millionen Passagiere haben werde. Flughäfen machten ihren Profit mit allem, was um das Starten und Landen der Maschinen herum passiere; das habe Ausfluss auf die Gastronomie, den Einzelhandel und so weiter. Insofern komme es hier schon auf die Anzahl der Passagiere an.

Abg. Heinold erneuert ihre Bitte, Passagierzahlen, Zahlen über Gewinne und Verluste und so weiter dem Wirtschaftsausschuss vorzulegen. Sodann möchte sie von der Landesregierung wissen, wie sich das Land weiter an den hier in Rede stehenden Maßnahmen beteiligen wolle. - St'in Wiedemann unterstreicht noch einmal, dass das Land bisher nur Regionalisierungsmittel für die Bahn verwendet habe sowie Straßenbaumittel für den Ausbau der L 207. In erster Linie sei es vertragliche Verpflichtung der Stadt Lübeck, gegebenenfalls die genannten 23 Millionen € aufzubringen. Die Frage sei dann, was geschehen solle, wenn Lübeck diesen Betrag nicht aufbringen könne. Dann müsse man sich darüber unterhalten, welche Möglichkeiten das Land habe zu helfen. Sie wolle auch hier noch einmal betonen, es gehe für das Land nicht darum, die 90 %, die Infratil zurzeit halte, zu übernehmen. Schritte im Übrigen müssten gemeinsam mit Lübeck abgesprochen werden.

BM Saxe erklärt sodann noch einmal auf das Datenvorlagebegehren von Abg. Heinold, dass man nur mitteilen könne, welche öffentlichen Mittel aufgewendet worden seien. Daten zu der Ergebnissituation des Unternehmens könne nur das Unternehmen mitteilen, er wolle sich aber bemühen, dass auch hierzu Angaben - dann aber zur nicht öffentlichen Behandlung - dem Wirtschaftsausschuss zur Verfügung gestellt würden. Ab 2005 trage Infratil die Verluste.

Auf weitere Fragen antwortet zunächst St'in Wiedemann, dass man nur öffentliche Infrastrukturmaßnahmen fördern könne. Dies sei im Augenblick nicht aktuell. Man könne aber nicht die private Infrastruktur fördern, wenn es sich um das Invest eines großen Konzerns handele. Infratil gehöre bekanntlich zu einem weltweit tätigen Unternehmen, und diese Tatsache würde eine Förderung ausschließen. - BM Saxe erklärt, selbstredend könne es bei der Unterstützung durch das Land bei der Realisierung der Investitionen nur um ein Vorgehen im Rahmen des rechtlich Möglichen gehen. Aber die von St'in Wiedemann angebotene „Park“-Lösung wäre für die Hansestadt eine Riesenhilfe. Denn dann wisse man, wenn man keinen neuen Partner für den Flughafen finden sollte, dass Lübeck nicht vor dem Nichts stehe, sondern eine Alternative habe.

St'in Wiedemann betont unmissverständlich, dass eine Diskussion über eine „Park“-Lösung hier jetzt nicht den Druck von Lübeck nehme. Bei der „Park“-Lösung könne es sich nur um

eine hilfsweise Möglichkeit handeln, die auch noch nicht in ihren Einzelheiten zu Ende gedacht worden sei. Die Landesregierung erwarte von der Hansestadt „heftige Bemühungen“.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Informationen durch GF Dellnitz über aktuelle Entwicklungen in der Marketingarbeit der TASH

TASH-GF Dellnitz zeichnet ein Bild der Neuausrichtung des Tourismus, mit der das Land Schleswig-Holstein, seine Partner und die touristischen Akteure konsequent auf Zielgruppenmarketing gesetzt hätten. Er sei davon überzeugt, dass die TASH mehr erreicht habe, als man ursprünglich geglaubt habe. Man habe das Zielgruppenmarketing auf *e i n e* Schiene gebracht. Hier gehe es nicht nur um Marketing, sondern auch um das Animieren, in Qualität zu investieren. In das Marketing würden nur Qualitätsprodukte übernommen, Produkte, die zertifiziert worden seien. Mit der Akzeptanz der Maßnahmen sei er, Dellnitz, jedoch noch nicht zufrieden. Es gebe immer noch Orte im Land, die sich dem breiten Spektrum der Initiativen und der Einzelkonzepte nicht angeschlossen hätten.

Im Folgenden erläutert GF Dellnitz Angebote für die Zielgruppe der „Best Ager“, einschließlich konkreter Beteiligungsmöglichkeiten am landesweiten Marketing, die Produktlinien „meer.zeit“, „meer.stil“, adressiert an die „anspruchsvollen Genießer“, sowie die Angebote im „Wunnerland Schleswig-Holstein“ für die ganze Familie.

In der Aussprache möchte zunächst Abg. Poersch wissen, wie es gelingen könne, auch in der Breite jeden touristischen Akteur zu erreichen, auch auf der lokalen Ebene die kleine Pension zu erreichen. - Abg. Feddersen zeigt sich erfreut von der guten Zusammenarbeit im Tourismusgewerbe in Schleswig-Holstein und meint, dass man so gerade auch in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gut aufgestellt sei. - Abg. Harms fragt nach der Realisierung der Planungen, dass Touristen Quartiere direkt buchen könnten.

GF Dellnitz erklärt, dass die TASH die Online-Buchbarkeit von Quartieren seit Jahren umtreibe. So gebe es eine Vernetzung mit allen Buchungssystemen, die es im Land gebe. Was man nicht wolle, sei *e i n* System in Schleswig-Holstein, weil man dies nicht umgesetzt bekäme. Noch in diesem Jahr wolle man die Online-Buchung ermöglichen, und man werde im Bereich Technik mit aller Kraft die Vernetzung der Angebote im Land aufbauen. Für 2010 ff. sei seine Sorge, dass man mit der Kraft, die im Augenblick bestehe, in den nachfolgenden Jahren nicht weitermachen können. - Auf die Frage von Abg. Poersch erwidert GF Dellnitz, dass jeder Akteur in der Tourismuswirtschaft bei den Marketingaktionen mitma-

chen könne. Den Orten, die dies nicht allein bewältigen könnten, würde man einen Zusammenschluss mit anderen empfehlen, um so gemeinsam stark zu sein.

Auf die weitere Frage von Abg. Poersch, wie wichtig der Flughafen Lübeck-Blankensee für den Tourismus sei, erwidert GF Dellnitz, dass Blankensee auch unter dem Gesichtswinkel des Ausbaus von Auslandmarketingmaßnahmen eine nicht zu unterschätzende Rolle spiele. Selbstverständlich arbeite man unter dem Gesichtspunkt des Auslandmarketings auch konsequent mit Hamburg zusammen, das im Bereich des Auslandmarketings ein ganz wichtiger Partner sei.

St'in Wiedemann weist darauf hin, dass die Neuausrichtung des Tourismus viel Beachtung gefunden habe. In den Jahren 2005 bis 2009 werde man 12,9 Millionen € hierfür verwendet haben. Finanzielle Mittel seien sowohl für die institutionelle Förderung der TASH geflossen wie auch für Leitprojekte. Die TASH habe das Leitprojekt Marketing in Regie; IHK, DEHOGA und die Fachhochschule Westküste stünden für die übrigen Leitprojekte. Zur Finanzierung der TASH sei zu sagen, dass die institutionelle Förderung im Jahr 2010 um 500.000 € erhöht werden solle, dann also 2,1 Millionen € betragen werde. Was die Projektförderung angehe, die Leitprojekte, liefen die Projektförderungen, die aus dem Schleswig-Holstein-Fonds gespeist würden, aus. Projekte könnten aber selbstredend weiter mit den dem Tourismus im Haushalt zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert werden. Darüber hinaus stünden für Tourismusmaßnahmen, die sich mit der kommunalen Infrastruktur beschäftigten, Förder-töpfe für die Regionalentwicklung zur Verfügung.

Abg. Poersch spricht sodann das Modernisierungsprogramm für gewerbliche Betriebe an, das vor der Neuausrichtung des Tourismus in Schleswig-Holstein aufgelegt worden sei, und möchte wissen, ob es hier eine Kompatibilität der Konzepte gebe. Ihrer Meinung nach brauchten gerade die kleinen Betriebe unter Umständen noch mehr Betreuung, Informationen, Anregungen.

St'in Wiedemann erwidert, dass die Fördermittel an die Voraussetzung geknüpft seien, dass die Region oder der jeweilige Ort ein touristisches Konzept aufweise. Dieses Konzept müsse sich im Bereich der Neuausrichtung bewegen, und die Qualität müsse stimmen. Zur Betreuung verweist sie auf das diesbezügliche Leitprojekt der IHK. Für die Beratung von Architekten und Innenarchitekten könnten hierfür auch aus diesem Projekt Mittel in Anspruch genommen werden; dabei handele es sich jeweils pauschal um 200 €. Es müsse jedoch leider festgestellt werden, dass noch nicht alle infrage kommenden Akteure dieses Angebot annähmen. Insofern handele es sich hier um ein Feld, auf dem man noch weiter arbeiten müsse.

GF Dellnitz erklärt abschließend, dass man sich damit beschäftige, mit welchen Ressourcen man sich auf welche Aufgabenbereiche konzentrieren könne. Er gehe davon aus, dass das Team der TASH in Zukunft nicht mehr so zu halten sein werde, wie es zurzeit bestehe. Man werde voraussichtlich bis zu drei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter nicht halten können, weil der TASH in Zukunft über 1 Million € Finanzmittel weniger zur Verfügung stehen würden. Diese Tatsache müsse in die Kalkulation der TASH einfließen. Umso wichtiger sei die Konzentration auf Aufgabenbereiche. Er glaube, dass man diese Aufgabe jedoch bewältigen könne, und dabei sei es gut, dass die eine oder andere Aufgabe dann projektbezogen gefördert werden könne. Ein Thema in diesem Zusammenhang sei sicherlich das Auslandsmarketing, und die TASH werde hierzu Vorschläge unterbreiten, die dann vor allem mit den Gesellschaftern erörtert werden müssten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2342

(überwiesen am 11. Dezember 2008)

Abg. Dr. Garg nimmt Bezug auf die in der Januar-Tagung des Landtags geführte Diskussion von nötigen Initiativen zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sowie auf den hierzu vorgelegten interfraktionellen Antrag. Angesichts dieser zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung plädiert er dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag Drucksache 16/2342 für erledigt zu erklären. - Diesem Beschlussvorschlag schließt sich der Ausschuss einstimmig an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Wettbewerb bei Schienenverkehrsleistungen erhalten

Schreiben des MWV vom 20. Januar 2009, Umdruck 16/3884

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Umdruck 16/3884 mit Informationen zum Netz Nord als Zwischenunterrichtung zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Tempo 30 an drei Straßen in Kronshagen

Umdruck 16/3883

Abg. Heinold erklärt ihr Unverständnis, dass die Landesregierung diesbezügliche kommunale Entscheidungen konterkariere, und möchte wissen, warum hier in die kommunale Entscheidungsfreiheit eingegriffen werde.

St'in Wiedemann betont, dass die kommunale Selbstverwaltung selbstverständlich ein hohes Gut sei. Jedoch sei die Regelung des Straßenverkehrs in Bereichen wie Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen oder zeitliche Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen, durch die sich die Gemeinde Kronshagen betroffen fühle, nicht Angelegenheit dieser Gemeinde, sondern der Straßenverkehrsbehörde, und Straßenverkehrsbehörde sei nicht die Gemeinde Kronshagen. Im Mai des letzten Jahres sei mit Kronshagen eine einvernehmliche Regelung erarbeitet worden, wonach die Hinweisschilder auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung in einigen Straßenbereichen stehen bleiben sollten. Jetzt gehe es um weitere Bereiche, mit denen § 45 der Straßenverkehrsordnung verletzt werde. Dabei sei von Bedeutung, dass dann, wenn jemand einem wegen Geschwindigkeitsübertretung in diesem Bereich erlassenen Bußgeldbescheid widerspräche, er Erfolg hätte, weil diese Geschwindigkeitsbegrenzung der Vorschrift in § 45 Abs. 9 der Straßenverkehrsordnung widersprechen würde. Insofern müsse derartigen Eigenmächtigkeiten von Kommunen entgegengetreten werden.

Abg. Heinold erwidert, der Kreis habe dem Vorhaben in Kronshagen zugestimmt. - St'in Wiedemann erklärt, der Kreis habe als Straßenverkehrsbehörde erlassen, dass die Schilder zu entfernen seien, der Kreis entscheide jedoch nicht, weil er wohl der Meinung sei, dass man die Schilder stehen lassen sollte. Der Kreis sei hier aber in der Pflicht zu entscheiden.

Abg. Callsen bemerkt grundsätzlich, im Prinzip gehe es hier um eine kommunale Frage und eine Frage der Rechtsaufsicht. Er bittet darum, in Zukunft bei solchen Anträgen zur Tagesordnung genau darauf zu achten, ob der Wirtschaftsausschuss politisch überhaupt zuständig sei, weil sonst Hoffnungen nach außen geweckt würden, die man überhaupt nicht erfüllen könne.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ökostrombeschaffung der Landesliegenschaften

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2183

(überwiesen am 10. September 2008 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3486, 16/3487, 16/3518, 16/3645, 16/3647, 16/3693,
16/3695, 16/3723, 16/3729, 16/3739, 16/3751

Abg. Schulze beantragt für seine Fraktion, die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt bis zur Auswertung der hierzu vom federführenden Finanzausschuss durchgeführten Anhörung zurückzustellen. Der Finanzausschuss wird gebeten, die Ergebnisse der Anhörung in einer Synopse gegenüberzustellen und diese auch dem beteiligten Wirtschaftsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Energiapolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein

Umdruck 16/3888 (neu)

Der Vorsitzende, Abg. Arp, weist auf die von der Mehrheit im Ausschuss gewünschte Verbunddebatte zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 11 hin.

Abg. Dr. Garg erklärt zum Antrag Umdruck 16/3888 (neu) von den Fraktionen CDU und SPD, dass dieser Antrag für ihn ein Witz sei. Er habe für die FDP-Fraktion einen Antrag gestellt, nämlich den Antrag Drucksache 16/2147, der auch als Tagesordnungspunkt 10 für diese Sitzung aufgeführt sei. Nach dem Muster des FDP-Antrags hätten nun CDU und SPD einen Antrag „gestrickt“.

Abg. Heinold betont, sie wolle weniger zu dieser Verfahrensfrage sagen, sondern mehr auf den Inhalt des von CDU und SPD gestellten Antrags eingehen. Sie möchte wissen, ob der letzte Spiegelstrichpunkt in dem Antrag Umdruck 16/3888 (neu) eine Festlegung auf den Bau neuer Kohlekraftwerke sein solle oder ob es sich um einen Bericht dazu handeln solle.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, erklärt, CDU und SPD wollten einen Bericht über den Status der Planungen, und es gehe darum, in Erfahrung zu bringen, wie der Stand der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen sei. Insofern handele es sich hier um einen Berichtsantrag und nicht um inhaltliche Festlegungen.

Abg. Dr. Garg stellt fest, der erste Absatz in dem Antrag Umdruck 16/3888 (neu) beinhalte einen Berichtsantrag, der zweite Absatz sei inhaltlicher Natur.

Abg. Schulze definiert das von CDU und SPD mit dem Antrag formulierte Begehren. Damit werde von der Landesregierung ein schriftlicher Bericht auf der Grundlage des Grünbuchs „Schleswig-Holstein Energie 2020“, das schon vorliege, erbeten. In den Bericht sollten dann auch die Punkte, die in dem Grünbuch aufgeführt sind, mit einbezogen werden. So solle es einen Gesamtüberblick über die Energieversorgung im Land Schleswig-Holstein geben. Insoweit handele es sich definitiv um einen Berichtsantrag, und die in dem Antrag aufgeführten Einzelpunkte würden noch einmal das vorgeben, was in der Berichterstattung durch die Landesregierung enthalten sein solle.

Abg. Heinold hält fest, dass mit dem Antrag Umdruck 16/3888 (neu) ein Bericht und keine Festlegung auf ein Konzept erbeten werde.

St'in Wiedemann weist darauf hin, dass durch die Aufnahme des Punktes „Klimaschutz“ eine Einbeziehung des Umweltministeriums erforderlich werde, sodass sie nicht glaube, dass der Bericht schon zur 44. Tagung des Landtags vorgelegt werden könne.

Abg. Callsen bittet den Vorsitzenden sodann, den Antrag mit der Änderung „in der 45. Tagung“ zur Abstimmung zu stellen.

Einstimmig bittet der Wirtschaftsausschuss den Landtag, wie folgt zu beschließen:

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GesO

Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 45. Tagung einen schriftlichen Bericht über das Konzept zur zukünftigen Energieversorgung und für den Klimaschutz des Landes Schleswig-Holstein (Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein) vorzulegen.

Diese energiepolitischen Leitlinien sollen auf dem Diskussionsstand der Ausführungen und Zielsetzungen des Grünbuchs „Schleswig-Holstein Energie 2020“ aufbauen. Die Schwerpunkte der Darstellung dieser energiepolitischen Leitlinien und damit die konkretisierte Umsetzung des Grünbuchs „Schleswig-Holstein Energie 2020“ sollten in den Bereichen liegen:

- Energieeffizienzsteigerung,
- Energieeinsparung,
- Ausbau erneuerbarer Energien,
- Netzsicherheit und –kompatibilität der Energieträger,
- Stand der Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetzen,

- Umweltverträglichkeit,
- soziale Kriterien für die Strompreisgestaltung,
- Stand und weitere Nutzung fossiler Energieträger sowie Atomenergie; Planung und Bau neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein inklusive des Forschungsstandes zur CO₂-Abscheidung in Deutschland.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetz

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/986 (neu)

(überwiesen am 12. Oktober 2006)

hierzu: Umdrucke 16/1878, 16/1892, 16/1956, 16/1981, 16/1982 (neu),
16/1983, 16/1987, 16/1988, 16/1989, 16/2002, 16/2003,
16/2006, 16/2061, 16/2066

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit Mehrheit, den Antrag abzulehnen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Abschied vom Kohlestrom

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2017

(überwiesen am 24. April 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt der Ausschuss - vorbehaltlich des Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses - dem Landtag mit Mehrheit vor, den Antrag abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

a) Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2147

b) Strompreisstruktur ökologisch und sozial ausgestalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2164

(überwiesen am 17. Juli 2008 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Sozialausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Vorbehaltlich des Votums des beteiligten Sozialausschusses und des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses schlägt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Antrag Drucksache 16/2147 abzulehnen.

Zum Antrag Drucksache 16/2164 empfiehlt der Ausschuss - ebenfalls vorbehaltlich des Votums des beteiligten Sozialausschusses und des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses - mit der Mehrheit von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag Drucksache 16/2164 abzulehnen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2351

(überwiesen am 11. Dezember 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Umwelt- und Agrarausschuss)

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vorbehaltlich des Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit Mehrheit, den Antrag Drucksache 16/2351 abzulehnen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 22. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

Umdruck 16/3733

Einmütig stellen die Ausschussmitglieder den Fraktionen mögliche Initiativen auf der Grundlage der Beschlüsse von „Jugend im Landtag“ anheim.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Heinold erbittet vom MWV einen schriftlichen Bericht über den Sachstand bezüglich der Durchbindung des AKN-Schienenverkehrs von Eidelstedt zum Hamburger Hauptbahnhof. Dieser Bericht soll auch Aussagen zu Kosten und Fahrgastzahlen enthalten.

Sodann befasst sich der Ausschuss mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Umdruck 16/3899, zur Beratung des eigenständigen Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten“. Während Abg. Dr. Garg Unterstützung für den Antrag auf mündliche Anhörung des Landrats des Kreises Nordfriesland und des Präsidenten des Bundesverbandes WindEnergie zu diesem Thema signalisiert, verweisen Abgg. Harms, Callsen und Poersch darauf, dass im Rahmen der Beratung des LEP auch der Kreis Nordfriesland und die Verbände ihre Stellungnahmen zum Punkt Windenergie abgegeben hätten, dass bei Einladung der hier in Rede stehenden Personen auch andere kompetente Vertreter aus dem Bereich Windenergie noch einmal separat gehört werden müssten und dass es zu diesem Zeitpunkt der Beratungen zum LEP nicht opportun sei, nun noch einmal einzelne Kreis-, Kommunal- oder Verbandsvertreter anzuhören. Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Stimme der FDP den Antrag Umdruck 16/3899 ab.

Die für den 4. und 5. März 2009 geplante Informationsreise nach Berlin wird von den Ausschussmitgliedern wegen der inzwischen vom BMVBS vorliegenden Terminabsage auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl 2009 verschoben.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer